



Pastorenausschuss Hannover

Beratungserfahrungen von 1997-2015
im Pastorenausschuss und Pfarrverein

**Beratungserfahrungen von 1997-2015
im Pastorenausschuss und Pfarrverein**

Pastorenausschuss Hannover
Kontakt: Pastorin Ellen Kasper | Vorsitzende
21266 Jesteburg | Kirchweg 10
ellen.kasper@online.de
Telefon: 04183 – 22 88

Beratungserfahrungen von 1997-2015 im Pastorenausschuss und Pfarrverein

1. Mehr Beratungsbedarf durch vermehrtes Organisationsversagen

Pastorale Beratung erscheint mir zunehmend als sensibler **Seismograph** für schwerwiegende Verwerfungen, die seit etwa zwanzig Jahren unsere Landeskirche zunehmend beschädigen. Um wirklich helfen zu können, muss darum **jede individuelle Beratung diese allgemeinen Widersprüche unserer derzeitigen Kirchenstruktur** stets vor Augen haben:

1.1 Starke Kürzung der zentral wichtigen Gemeinde-Pfarrstellen

Von 1972 bis 2012 erheben alle zehn Jahre wissenschaftlich wohl fundierte Mitgliederbefragungen immer wieder von Neuem **die zentrale Bedeutung der Gemeindepastoren**: für nahezu alle Kirchenmitglieder sind sie Hauptrepräsentanten, Sympathie- und Leistungsträger der Ortsgemeinde sowie wichtigste außerfamiliäre Garanten ihrer religiösen Sozialisation und somit geradezu „**Garantiescheine**“ für **stabile Kirchenbindung** (s. R. Bingerer).

Dennoch wurden diese schier unersetzlichen Kirchenmitgliedschafts-Garanten seit etwa 1995 bedenkenlos reduziert: Gegen unseren immer wieder schriftlich wie mündlich vorgetragenen Rat wurden **Gemeindepfarrstellen zu 40%, mancherorts sogar bis zu 50% gestrichen, Gemeinde-PastorInnen** in übergroßen **Pfarrbezirken mit 3.500 – 4.000 GG** bis zur Erschöpfung mit übermäßiger, pastoral nicht mehr zu verantwortender Arbeit von **54 bis 60 Wochenstunden** überhäuft und in Langzeiterkrankungen getrieben und zudem durch die **rigorose Abweisung von ca. 350 examinierten PfarramtsbewerberInnen, zum Teil ihre eigenen Söhne und Töchter**, zutiefst empört.

1.2 Systematische Abwertung der zentral wichtigen Gemeinde-PastorInnen

„*Wir dürfen doch die Weihnachtsgans nicht fragen, ob sie geschlachtet werden soll!*“ Mit diesem verräterischen Satz begründet ein führender Synodaler die bedenkenlose Streichung der für unsere Landeskirche so zentral wichtigen Gemeinde-Pfarrstellen. Er bedient damit unverhohlen jene damals in der Synode und anderen kirchenleitenden Gremien grassierende stereotype „**Pastorenschelte**“, die nahezu jede Gelegenheit nutzt, um PastorInnen als sehr kostspielige, aber im Grunde überflüssige, weil inkompetente und eigentlich kirchenschädliche Amtsträger zu diffamieren. Diese pastorale Abwertung kulminierte dann in folgender, öffentlich mehrfach vorgetragener **infamer Rechenakrobatik**: **In den letzten Jahrzehnten habe sich die Zahl der Pastoren genau um den Prozentsatz erhöht, um den die Zahl der Kirchenglieder gesunken sei.** Die realen Zahlen der Mitglieder- u. Mitarbeitenden von **1954 -2004** zeigen dagegen **eine ganz andere Tendenz. 2004 lag die Gemeindepastoren-Zahl auf dem Niveau von 1954:**

1954: 1.338 Gemeindepfarrstellen – 2004: 1.320 G-Pfarrstellen. (-1,35%)

1954: 1.700 Vollzeitstellen für MA u. Kirchenbeamte – 2004: 6.913 (Vollzeit-St.) (+400%)

1954: 5.000 Personen auf MA+K-B-Stellen - 2004: 29.564 (Personen) (+600%)

1954-2004: 800.000 Kirchenmitglieder-Verlust in 50 Jahren = (-20,37%, d.h. **0,41% p.a.**)

2004-2015: 431.000 Ki-Gl-Verlust in 11,5 Jahren = (13,79%, d.h. **1,20 % p.a.)**

Darum müssen wir dieser kirchenschädigenden „Spar-Wut“ folgende Gegenrechnung aufmachen: Nach dem massenhaft Verlust der Pfarrstellen und der Schwächung oder gar Eliminierung vieler Ortsgemeinden hat sich die damalige Mitglieder-Verlustrate von 0,41% p. a. inzwischen auf 1,2% **verdreifacht**. Und für diesen ungeheuren Verlust müsste die o.g. krude pastorenfeindliche Argumentation nun vor allem die exorbitant gestiegene MA-Zahl verantwortlich machen. Dabei haben wir heute **weit über 32.000 MA**. Doch niemand kennt deren genaue Zahl, nicht einmal die Synode, wie vor Jahren ein Synodaler unverblümt zugab.

1.3 Ständige Demotivierung der zentral wichtigen Gemeinde-PastorInnen

„Wenn wir die Motivation unserer Pastorenschaft verlieren, können wir einpacken!“

Das gesteht uns ein führender Synodaler offen ein. Doch auch er unternimmt nichts gegen die zahllosen pastoralen Demotivierungen wie:

- die kirchenschädliche und pastorenfeindliche Pfarrstellen-Streichungen,
- die kraftraubenden pastoralen **Konflikte** mit KV, Sup, KKA, LKA u.a.
- die offizielle **Gemeindeberatung**, deren Leiter hinter jedem Konflikt eine Gemeinde-PastorIn wittert und den KV mit dem „Aufsichtsrat eines Großkonzerns“ gleichsetzt,
- die zahlreichen pastoralen **Rechtsverschlechterungen** wie Regelanfragen (bis 2010), Jahresgespräche, Perspektivgespräche, KK-Anbindung von Sup- und Pfarrstellen, Ephorendominanz, rechtlose „Nichtgedeihlichkeits“- bzw. Nichtnachhaltigkeits-Verfahren, die jede pastorale Unabhängigkeit und Unversetzbarkeit beseitigen,
- **die 18 Jahre lang währende einseitige Gehaltskürzung**, die A-14 nur bei PastorInnen, aber nicht bei Kirchenbeamten und Ephoren vermindert hat und nun wieder nur die 12. Stufe zurückgibt, statt der rechtmäßigen 10. Stufe, die mit der geltenden Kirchenbeamten-Besoldung vergleichbar ist.

1.4 Unfairer Umgang mit einzelnen PastorInnen bei gleichzeitiger Nachwuchswerbung

Obwohl unsere Landeskirche aus entsprechenden EKD-Studien sicher weiß, dass sich der theologische Nachwuchs bei seiner Entscheidung für oder gegen das Pfarramt wesentlich an den amtierenden GemeindepastorInnen orientiert, geht sie auf der mittleren und oberen Ebene der Kirchenleitung doch immer wieder unfair und unprofessionell mit einzelnen Pastoren um – insbesondere bei Konflikten.

1.5 Trotz steigender Kirchensteuern weitere Streichung der Gemeindepfarrstellen.

Gegen unseren eindringlichen Rat übernahmen die landeskirchlichen Meinungsmacher etwa um 2004 dankbar die **abstruse Horrorprognose der EKD** von der **angeblichen Halbierung der Kirchensteuer bis 2030**. Denn sie wollten unbedingt die Gemeinde-Pfarrstellen als Einsparpotential nutzen. Heute wird nur noch verschämt von 30% Verlust gesprochen. **Doch in Wahrheit sind die Kirchen-Steuer-Einnahmen in der EKD im letzten Jahrzehnt um über 30% gestiegen**, nachdem sie sich von 1967 bis 1970 verdoppelt und von 1970 bis 1990 verdreifacht hatten (s. K.R. Ziegert, DtPfbI 10,2014, S. 561)! So sind auch **unsere Kirchensteuer-Einnahmen zwischen 1997 bis 2014 um 33% gestiegen, von 400 Mio. € auf ca. 531 Mio. €**. Und diese Entwicklung war 2004 tendenziell vorhersehbar. Dennoch wurden drohende Einnahmeverluste als sicher unterstellt und G-Pfarrstellen gestrichen.

1.6 Trotz eindeutiger Gemeinde-Orientierung der Kirchenmitglieder weiterer Ausbau der gescheiterten „Kirchenkreis-Kirche“

Die überwiegende Mehrheit der Kirchenmitglieder - und zwar sowohl hochverbundene wie distanzierte – orientiert sich vor allem an ihrer nahen Ortsgemeinde und gerade nicht an der Schimäre einer nebulösen „Kirchenkreis-Kirche“, wie dies die V. KMU von 2012 noch einmal eindrucksvoll aufzeigt: *„Trotz aller medialer Investitionen gilt: Sehr viele Menschen – und ganz besonders in der jüngeren Generation ...nehmen vor allem den Geistlichen/die Geistliche vor Ort wahr, insbesondere sein/ihr Kasualhandeln. Die evangelische Kirche ist im Wesentlichen eine Vor-Ort-Kirche. Kirchenkreis-, Dekanat- oder Propsteiebene sind in der Regel unsichtbar wie die Ebene der leitenden Geistlichen einer Landeskirche...“*

(Thies Gundlach, EKD-Geschäftsführer, in: V. EKD-Erhebung über Kirchen, S. 131).

Doch von dieser Erkenntnis unbeeindruckt betreiben *„insbesondere die Superintendentinnen und Dekane, Pröpstinnen und Kreispfarrer“*, die nach ihrer Selbsteinschätzung *„die Kirche der Zukunft leitend gestalten“*, (s. epd-Doku. 36 v. 09.09.2014, S. 2) unter Einsatz erheblicher Kirchensteuermittel den als „Reform“ kaschierten Versuch unverdrossen weiter, die

Kirchenkreise als neue Identifikationsorte für die Gemeindeglieder zu etablieren und dafür Ortsgemeinden personell und finanziell auszudünnen oder gar aufzulösen. Zum Schluss verschleiern diese „Kirchen-Reformer“ ihre simple **Gemeinde-Enteignung und Abwicklung der Volkskirche** auch noch als „gottgewollte Weisung“ in eine neue kirchliche Zukunft.

Allerdings lassen sie ihre Reformen nie evaluieren. Sie würden sonst feststellen, **wie hoch unser Mitgliederverlust gerade in besonders „reformwütigen“ Kirchenkreisen ist:** Verlor z.B. die hannoversche Landeskirche in den ersten Reformjahren (1995-2002) „nur“ 4,6% (0,66 % p.a.) ihrer Mitglieder, so stieg dieser Verlust von 2007 bis 2014 auf dem Höhepunkt des Reformzeifers um das Doppelte (!) auf knapp 9% (1,27 % p.a.) an und betrug für den gesamten Reformzeitraum von 1995 bis 2014 insgesamt 16,5%. **Besonders reformfreudige Kirchenkreise verloren mit 20% bis 26%, ja sogar mit 31% (Staki Hannover) und 33,6 %(!) Bremerhaven) noch mehr Mitglieder.**

Anders orientierte Kirchenkreise und Kirchengemeinden mit hinreichender pastoraler Versorgung verzeichneten dagegen für 1996 bis 2014 deutlich geringere Mitgliederverluste wie z.B. der KK Aurich mit „nur“ 4,8%, **der KK Rhaderfehn sogar ein Plus von 1,1% ! Im scharfen Kontrast zum Staki-Verlust von 31,1% verlor eine nicht-fusionierte Innenstadt-Gemeinde in Hannover „lediglich“ 6,6% ihrer Mitglieder**, in den letzten zwölf Jahren sogar **nur 1%** (landeskirchlicher Trend: 13%). Und 2012 war mit 43 Taufen ihre „Taufquote“ **von 1,5% fast doppelt so hoch wie die landeskirchliche von 0,82%**. Und diesen Stand hält diese Gemeinde seit 1996 mit jährlich durchschnittlich 40 Taufen bei nunmehr ca. 2800 Gemeindegliedern.

Schon diese wenigen Beispiele belegen: die schwerwiegenden Mitgliederverluste kann niemand durch Demografie oder den angeblichen „Tebartz-van-Elst-Effekt“ wegerklären. Diese verhängnisvolle Kirchenkreis-Kirche mit ihrer massenhaften Vernichtung von Gemeinde-Pfarrstellen muss die Verantwortung für die enormen Mitgliederverluste schon selbst übernehmen. **Denn wir verlieren Kirchenmitglieder (2012: 36.415) vor allem durch selbstverschuldete Austritte (2012: 16.400) und durch den auch im Vergleich zur Geburtenrate in Niedersachsen überproportionalen Rückgang der Kindertaufen (2012: 4000).** Und hier wirken pastoral gut aufgestellte Kirchenkreise und Gemeinden eben wesentlich erfolgreicher als pastoral entkernte Gebiete. (s. S. 6: Anhang)

Fazit aus 1.1-1.6:

Wer nun die einzelne PfarrkollegIn angemessen beraten will, muss sich stets **diese lange Reihe der Widersprüche in unserer Landeskirche** ins Gedächtnis rufen. Denn der vereinzelte Ratsuchende steht mit seinem persönlichen Beratungsanliegen ganz am Ende einer langen Kette dieses stets vorausgegangenen nunmehr zwanzigjährigen Organisationsversagen unserer Landeskirche, das täglich neue Beratungsnotwendigkeiten verursacht.

(Auch unsere **Landeskirche** selbst hat auf diesen Sachverhalt reagiert und versucht seit 2009 unter dem Stichwort: „**Personalentwicklung**“ einen Teil der Beratungsfälle an sich zu ziehen. Das ist grundsätzlich nicht abzulehnen. Doch es muss allen PfarrkollegInnen klargemacht werden, dass sie von den Interessen der Kirchleitung wirklich **unabhängige Beratung nur durch den PA und den Pfarrverein** bekommen. Gewiss auch im Zusammenhang dieses enorm vermehrten Beratungsbedarfes ist die Mitgliederzahl des Pfarrvereins von **900** im Jahre 2000 auf nunmehr **über 1.600** im Jahre 2015 gestiegen.)

2. Hauptthemen unserer PA- und Pfarrvereins-Beratung:

- Pfarrstelle:** Pfarrstellen-Plan, -Suche, -Besetzung, -Wechsel, -Verzicht, Beurlaubung
Dienstzeitverlängerung, Übernahme aus dem Missionsdienst, Neuaufnahme in die
Landeskirche, Regelanfrage, Perspektivgespräch mit Versetzungsantrag durch Sup.,
Probezeit, rechtszeitige Verbeamtung, Umzug
- Pfarrhaus:** Rückforderung von überzahlten DW-Vergütungen, DW-Steuern und
Nebenkosten, Schönheits-R-P, Garagen-Miete, Befreiung von der DW-Pflicht,
DW-Anmietung, Übergabeprotokoll, Schadstoffbelastung, Nebenkosten (z.B.
Heizungs-, Lüftungswartung, Dachrinnenreinigung), Telefon-Gebühren,
Amtszimmer-Ausstattung
- Pfarrgarten:** Größe, Pflege, Anpflanzungen, Übergabe
- Dienstfahrten:** Dienstsitz, Abrechnung, Dienstreise-Versicherung, PKW-Kauf-Rabatt
- Besoldung u. Pension:**
Pensionsabschläge bei vorzeitigem. Ruhestand, Familienzuschlag,
Beihilfen, Weihnachtsgeld
- Arbeitszeit:** Wochenstunden, Zeitvorgaben für pastorale Aufgaben, Jahresgespräche,
Stellenbeschreibungen
- Konflikte:** mit KV, Sup, Lasup, LKA, KollegInnen, Gemeindegliedern,
Urlaub und Abwesenheit vom Dienstort, Nichtgedeihlichkeits-bzw.
Nichthaltigkeits-Verfahren, Rechtsbeistand
- Lebensführung:** Disziplinar-Verfahren, Verschuldung, Rechtsbeistand
- Erkrankungen:** langfristige Krankheiten, amtsärztliche Untersuchungen, Beurlaubung oder
vorzeitiger Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen, vorübergehende
Ruhestandsversetzung für ein Jahr, Wiedereingliederung,
Schwerbehinderung
- besondere Anfragen:** zum Berufsbeginn (VikarInnen, KdPs, ProbepfarrerInnen) wie zum
Ruhestand, Personalaktenführung, Verbeamtung
- KV-Beratung:** Verteidigung der Gemeinde-Pfarrstelle, des Gemeinde-Pastoren

3. Befindlichkeit der Ratsuchenden: Vereinzelung, Ohnmacht, Informationsdefizit

3.1 Radikale Vereinzelung bei zunehmender Entsolidarisierung

„Nur ich habe dieses Problem!“ So reagiert zunächst einmal jene KollegIn,

- die auf unverständliche Anweisung ihres Sups zu ihrer KG von 3.000 GG noch zwei weitere vakante KG mit dann insgesamt 7.800 GG pastoral versorgen soll,
- die kurz vor ihrem 57. Geburtstag mit einem Sup-Versetzungsantrag bedroht wird,
- die vom KV und Sup so bedrängt wird, dass sie in die Psychiatrie flüchten muss,
- die keine Chance sieht, dass ihre sanierungsbedürftige DW endlich renoviert wird,
- die über Jahre mehrere Tausend Euro an Nebenkosten zu viel bezahlt hat,
- die von ihrem Sup. öffentlich in der Zeitung angegriffen wird,
- die sich von ihrem KKA-Leiter gezwungen sieht, ein ungünstiges Wlan-System und einen unvorteilhaften PC-Wartungsvertrag mit dem KKA beizubehalten.

„Bei der KollegIn ist das auch kein Wunder! Mir kann so etwas nicht passieren!“

So reagieren dann oft die PfarrkollegInnen von nebenan mit vielleicht durchaus nachempfindbaren Gründen. Doch sie vollziehen damit – sicher unbewusst – genau das, was die Kirchenleitung als die uralte Herrschaftstechnik des „Divide et impera!“ permanent exekutiert: Durch konsequente Vereinzelung des betroffenen Pastors wird jede Solidarisierung mit ihm verhindert und sein Problem, das potentiell oder oft sogar real viele andere KollegInnen auch haben, öffentlich ausgeblendet – sehr zum Schaden unserer Kirche.

3.2 Ohnmacht der Ratsuchenden

„Die können mit mir machen, was sie wollen! Die sitzen immer am längeren Hebel, auch wenn sie noch so fehlerhaft handeln!“ So übel behandelt und kleingemacht durch Sup., KV

und einzelnen LKA-Akteuren fühlen sich oftmals PfarrkollegInnen, wenn sie aus ihrer Pfarrstelle oder in den vorzeitigen Ruhestand gedrängt werden sollen, ihnen die tatsächliche Höhe ihrer Umzugskosten bestritten oder ihr rechtmäßiger Schadensersatz verweigert wird.

3.3 Informationsdefizit der Ratsuchenden

„Ich weiß viel zu wenig über die genaue Gesetzeslage zu meinem Fall und über deren gegenwärtige Handhabung sowie über die Machtverhältnisse, die ich beachten muss!“

Das ist zumeist die Ausgangslage für jeden Ratsuchenden, der an diesem Punkt begreift, dass die Herrschaft über ihn vor allem auf dem Informationsvorsprung der Machthabenden beruht.

4. Die pastorale Beratung durch PA und Pfarrverein:

4.1 Unsere Gegenmittel zu Vereinzelung, Ohnmacht und Informationsmangel:

Unsere pastorale Beratung kann und muss diese Vereinzelung aufbrechen – durch Zeiteinsatz, Zuwendung, Verstehen und Verstärken; Gegenmacht herstellen – durch PA-HPV-Netzwerke, Interventionen, Anwaltsvermittlung, öffentliche PA- und HPV-Äußerungen; Gegeninformationen vermitteln – durch Stellungnahmen, Gesetzestextes, Gutachten.

4.2 Der konkrete Beratungsvorgang:

Zuhören: Wir lassen uns über das vorliegende Problem ausführlich berichten.

Nachdenken, Umhören: Wir nehmen uns Zeit, holen weiteren Rat (z.B. bei PA u. HPV) ein.

Ergebnis liefern: Wir informieren über Rechtslage, Rechtspraxis und Vergleichsfälle.

Mithilfe: Wir helfen, falls dies gewünscht wird, bei der Vertretung der eigenen Belange,

z.B. in dem wir zu schriftlichen Stellungnahmen raten und diese redigieren.

Ziele: „realitätsgerechte“ Beratung:

- Eingehende Klärung des Problems und des (evtl. auch) eigenen Problem-Anteils durch Unterscheidung der Eigen- und der Fremdperspektive
- Herausarbeitung der beruflichen wie privaten Handlungsziele des Ratsuchenden und seiner Handlungschancen im Rahmen der eigenen Berufs- u. Lebensumstände sowie des landeskirchlich Möglichen
- Verabredung des weiteren Vorgehens (evtl. durch Einbeziehung des HPV, PA, eines Rechtsanwaltes, evtl. auch durch Intervention beim LKA, Sup, KV o.a.)

4.3 Grundhaltung unserer Beratung:

Wir sind *beratende Anwälte* der prinzipiell unabhängigen Ratsuchenden und nicht juristische Vormünder. Als „**Anwälte der Realität**“ sind wir weder blinde Parteigänger noch übermächtige HelferInnen **oder gar verlängerter Arm der Kirchenleitung!** (Zu Recht darf niemand im PA mitwirken, der eine Aufgabe im LKA hat.). Wir sind parteilich, aber nicht parteiisch. Denn wir wissen um die Gefahr einer Totalidentifikation mit dem Ratsuchenden und wahren darum „*empathische Distanz*“. Nur diese „*distanzierte Empathie*“ **entlastet** zunächst einmal den Ratsuchenden in aller Regel und ermutigt ihn **zur Selbsthilfe**, sodass er im Rahmen des Möglichen seine *Problemlage auf jeden Fall verbessern, im Idealfall sogar beheben* und gleichzeitig seine *professionelle Unabhängigkeit wahren oder rasch wiedererlangen* kann.

4.4 Persönliches Nachwort:

Ich bin immer wieder tief berührt und auch beschämt von dem dankbaren Vertrauen, das uns unsere Kolleginnen und Kollegen in der Beratung entgegenbringen, obwohl wir doch nur ein bisschen Zeit und etwas Wissen mit ihnen teilen. Doch so groß ist die gegenwärtige Not, dass selbst dieser bescheidene Dienst schon eine machtvolle Hilfe für unsere Pastorenschaft, aber auch für unsere ganze Landeskirche ist, selbst wenn sie das manchmal nicht wahrnimmt.

Anhang:**Kirchenmitgliederverluste von 1996-2001-2014 (=19 Jahre) (aus LKA-Statistik)**

	1996	2001	2014	
Landeskirche	3.308.286	3.191.552 (-3,5%)	2. 763 673	<u>(-16,5%)</u>
Aurich	75.354	76.149 (+1%)	71.740	(-4,8%)
Bremerhaven	67.864	58.818	45.037	<u>(-33,6%)</u>
Buxtehude	50.884	50.379	44.906	(-11,7%)
Cuxhaven	34.445	31.445 (2012)	26.162 (-2,4)	<u>(-26,4%)</u>
Hameln-Pyrmont	62.555 (2000: 61.807/-1,2%)	73.710	60. 025 (2001-14: Insgesamt:	<u>(-18,6%)</u> <u>(-19,8)</u>
Hannover	289.739	240.798	199.765	<u>(-31,1%)</u>
Innenstadt-G-H.	3.015	2.843	2.815	(-6,6 %)
Harlingerland	45.230	44.518 (-1,5%)	40.028	(-11,5%)
Hildesheim-Sarstedt	72.688	70.625 (-2,8%)	60.480	<u>(-16,8%)</u>
Hildesheim-Land	101.598	98.352	80.894	<u>(-20,4%)</u>
Hittfeld	73.459	72.995	64.392	(-12,3%)
Loccum-Stolzenau	31.936	31.190	27.571	(-13,7%)
Leine-Solling (North.+Einb.+Uslar)	82.059	74.067	62.063	<u>(-24,4%)</u>
Nienburg	44.357	42.748	38.887	(-12,3%)
Peine +Ölsburg	62.845	60.487	51.186	<u>(-18,6%)</u>
		2012	2014	
Rhauderfehn	37.899	39.292	38.561 (+1,75%)	<u>(-0,65%%) (+1,1%!)</u>
Stade	70.234	68.238	58.390	<u>(-16,9%)</u>
Syke-Hoya	95.013	90.092	77.946	<u>(-18,0%)</u>
Uelzen	70.323	68.262	58.446	<u>(-16,9%)</u>
Verden	81.972	80.523	69.195	(-15,6%)
Walsrode	46.562	45.748 (-1,8%)	40.039	(-14,0%)